

Wir Nationaldemokraten meinen, daß Zeit zum Handeln ist. Die Grenzen müssen dicht gemacht werden. Als Gast darf nur der wirklich Verfolgte aufgenommen werden. Statt für nicht fruchtende Integration die Millionen hinauszuerwerfen, könnte man den Ausländern lieber eine kleine Starthilfe für die Rückkehr in ihre Heimat, den Deutschen dagegen Mittel für Arbeit und Ausbildung zukommen lassen. Ein Ausländerückführungsgesetz kann nur durch eine starke NPD möglich werden.

# Gute Heimreise -

das ist ein Gebot der Vernunft.

**Deutschland den Deutschen -  
eine ganz normale Forderung.**

**Die NPD - eine Partei, die Vernunft  
und Vision auf ihrer Seite hat.**

## ✂ INFO-GUTSCHEIN

Vorname	
Name	
Straße/Haus-Nr.	
PLZ/Ort	
Telefon	Alter
ePost	

- Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD. Bitte senden Sie mir ein Materialpaket zu (3 x 0,55 Euro für Porto in Briefmarken anbei).
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.
- Ich möchte Mitglied der NPD/JN werden.

NPD-Parteizentrale  
Postfach 84 01 57, 12531 Berlin  
Telefon (030) 6 50 11-0, Telefax (030) 6 50 11-140

✂  
V.i.S.d.P.: Klaus Beier, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin, E.i.S.

[npd.de](http://npd.de)

# Gute Heimreise



# NPD

**Die Nationalen**

[npd.de](http://npd.de)

# Gute Heimreise

## menschenverachtender Zynismus oder politische Vernunft?

Es sei zynisch, ein Plakat mit der Forderung »Gute Heimreise« und in der politischen Auseinandersetzung zu benutzen, behaupteten die Vertreter der Altparteien und deren Sprachrohre, die Medien, als die NPD im letzten Jahr diese Kampagne startete. Man könne nicht einfach fordern, Ausländer abzuschieben. Das sei unmenschlich. Und eigentlich bräuchten wir in unserem Land ganz dringend »ausländische Mitbürger«. Tagtäglich wird uns Deutschen diese Meinung über die Medien vermittelt. Fortschrittlich ist nach diesem Bild der »Ausländerfreund«. Die Ängste vor Überfremdung dagegen werden nicht ernst genommen und kriminalisiert. Schnell ist man als »Nazi« in der »braunen Schublade«.

**Wir Nationaldemokraten finden, daß wir Deutsche nicht Fremde im eigenen Land werden dürfen. Nur eine Politik, die die Ängste der Menschen vor Überfremdung nicht ernst nimmt, ist tatsächlich zynisch.**

## Gastarbeiter sind Gäste!

Schon vergessen? Als die Gastarbeiter in die Bundesrepublik kamen, da gab es in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung. Damals hatten die Politiker betont, es handele sich um Gäste. Statt aber die Aufenthaltsdauer wirklich zu begrenzen, kamen die Menschen von immer weiter her nach Deutschland. Bald hatte sich bis zum entlegensten Winkel auf der Erde herumgesprochen, daß man in Deutschland gut versorgt wird. Während aber gerade viele europäische Gastarbeiter tatsächlich wieder in ihr Heimatland zurückkehrten, blieben die Türken trotz Rückkehrprämien in der Bundesrepublik und ließen ihre Familien nachkommen. Die verantwortlichen Politiker kümmert das bis heute nicht. Die Altparteien behaupten nun, diese Entwicklung sei »unumkehrbar«. Deutschland sei ein Einwanderungsland. Schließlich hätten »wir« die Ausländer ja erst ins Land geholt. Nun müßten wir mit den Fremden leben und den weiteren Zuzug darüberhinaus dulden.

Wir Nationaldemokraten meinen, daß das eine zynische Auffassung von Politik ist. Erst holt sich die etablierte Politik Gastarbeiter ins Land. Und wenn diese Gäste nicht zurückkehren wollen und ihre Familien nach Deutschland hereinholen, dann behauptet man, dies sei unumkehrbar.

## "Multi-Kulti" ist eine Gefahr

Jahrelang haben SPD und Grüne den Menschen eingeredet, die multikulturelle Gesellschaft sei erstrebenswert. Die CDU hat die massenhafte Einwanderung nie verhindert. In Holland zeigten sich erst gerade im letzten Jahr durch den Mord an einem Filmregisseur die tiefen Verwerfungen der multikulturellen Gesellschaft. Damals forderten alle Parteien Konsequenzen, aber niemand hat gehandelt. Im Jahr 2002 lebten 7,3 Mio Ausländer, also 8,9 %, der Bevölkerung in der BRD. Die größte Nationalitätengruppe sind die fast 2 Millionen türkischen Staatsbürger, die einen Anteil von 26 % der Ausländer in Deutschland stellen. In Städten wie Frankfurt, Düsseldorf oder Köln liegt der Ausländeranteil bereits bei bis zu 25 %. In manchen Schulen kommen über 50 % der Kinder aus ausländischen Familien. Problematisch ist, daß die Kinder und Familien unter sich bleiben und alle Integrationsangebote ablehnen. In dieser Parallelgesellschaft aber kann sich Kriminalität entwickeln. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik 2004 besaßen in diesem Jahr von allen Tatverdächtigen 27,7 % nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Ein hoher Ausländeranteil ist vor allem mit 34,2 % bei Raub und räuberischer Erpressung, mit 31,9 % bei Vergewaltigungen, mit 30,8 % beim illegalen Handel und Schmuggel mit Betäubungsmitteln und mit 48,4 % beim Taschendiebstahl festzustellen.

Wir Nationaldemokraten meinen, daß die multikulturelle Gesellschaft gescheitert ist und für Ausländer und Deutsche Gefahr bedeutet. Die nicht integrierbaren Ausländer finden kaum Anschluß an die Mehrheitsgesellschaft. Soziale Isolation und der Weg in die Kriminalität hängen aber oft zusammen. Deutsche werden zu Fremden im eigenen Land. Kinder können nicht mehr lernen; PISA läßt grüßen. Auf den Straßen kann keine innere Sicherheit mehr gewährleistet werden. Diesen Zustand können wir nicht mehr hinnehmen.

## Ausländer nehmen uns nicht die Arbeitsplätze weg?

Diese Frage zustimmend zu beantworten, ist heute strafbar. Dennoch: Jeder Arbeitsplatz kann nur einmal besetzt werden. Warum wir bei grassierender Arbeitslosigkeit noch zusätzliche Einwanderer benötigen, dürften die Zuwanderungsbefürworter kaum vernünftig erklären können. Mittlerweile finden selbst die Fremden keinen Arbeitsplatz mehr. So stellte die Bertelsmannstiftung im August 2003 fest, daß die Zahl ausländischer Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger in den Ballungsgebieten der BRD doppelt so hoch sei wie die der Gesamtbevölkerung. Das Boot war schon vor Jahren voll. Heute kentert es. Statt daß aber CDU/SPD/GRÜNE und FDP Beiboote hinablassen, um das Sinken des Schiffes Deutschland zu verhindern, holt man noch zusätzlich Menschen ins Land herein. Und Grünen-Minister Joseph Fischer macht die Tore gleich noch für organisierte Schlepperbanden und Kriminelle nach Deutschland auf. Heute verlieren Deutsche ihren Arbeitsplatz in den Schlachthöfen. Polnische Leiharbeiter werden für einen Hungerlohn angeworben. Auf deutschen Baustellen arbeiten viele Ausländer zu Dumpinglöhnen schwarz. Wer wird morgen der nächste sein, der durch solche Entwicklungen seinen Arbeitsplatz verliert?